

Zum Verhältnis von institutionalisiertem Misstrauen und persönlichem Vertrauen in der Politik

– Eine Rational Choice-Perspektive* –

Michael Angenendt, M.A.¹

Einleitung – Brauchen Bürger vertrauenswürdige Repräsentanten?

Der Begriff des Vertrauens genießt in der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte Popularität. In Auseinandersetzung mit der Frage, was das „Fundament der Gesellschaft“ (Elster 1989; eigene Übersetzung) bildet, werden ihm überwiegend positive Konsequenzen für das gesellschaftliche Miteinander zugesprochen. So bedarf es keiner ausführlichen Erklärung, um den Stellenwert von Vertrauen für die Bewältigung unseres Alltags zu verdeutlichen. Wir vertrauen darauf, dass unser Partner uns nicht betrügt und Freunde die Wahrheit sagen. Wir profitieren insgesamt davon, wenn auch unbekannte Mitbürger bereit sind, unsere Interessen zu berücksichtigen. Wie steht es um das Vertrauen in politische Repräsentanten? Diese Frage kann kontrovers diskutiert werden:

Aus Sicht liberaler Theoretiker bildet Vertrauen nicht die Grundlage für eine erfolgreiche Delegation politischer Entscheidungsfindung; vielmehr gelte es gegenüber Politikern, „nicht auf sozial-moralische *Intentionen*, sondern auf formale *Institutionen*“ zu setzen (Bude et al. 2010: 22; Herv. im Orig.). Persönliches Vertrauen wird demzufolge durch ein unpersönliches Vertrauen in die Wirksamkeit eines Anreizsystems aus wechselseitigen Kontrollen substituiert: „Among the core understandings of liberalism is that citizens should distrust and be wary of government“ (Hardin 1999: 23). Eine unsichtbare Hand zähme demnach die eiserne Hand des Staates, ohne den Einfluss integrierender Persönlichkeiten zu erfordern. Die Verfolgung eigener Interessen soll so, ohne die bewusste Intention der Politiker, zu einem kollektiv wünschenswerten Ergebnis führen (Baurmann 2001: 112).

Ist der liberal-demokratische Rechtsstaat somit auch für ein Volk von Teufeln, wie Kant formulierte, rea-

lisierbar? Eine Betrachtung zeigt, dass unter der Annahme rationaler Nutzenmaximierer eine solche Hoffnung als zu optimistisch zurückgewiesen werden muss. Verfassungsrechtliche Beschränkungen staatlichen Handelns existieren zunächst nur auf dem Papier und erfordern den tatsächlichen Willen zur Umsetzung. Wenn (rechtliche und soziale) Normen während der Legislaturperiode interpretiert werden müssen, wird ein *homo oeconomicus* versuchen, diese zu unterwandern, in seinem Sinne auszulegen oder gänzlich abzuschaffen. Es stellt sich daher die Frage, „who controls the controller“ (Eckenrod 1976)?

Das Modell des *homo oeconomicus* ist erklärungskräftig, wenn repressive, autokratische Systeme analysiert werden. Doch scheitert die Theorie rationaler Wahl letztlich daran, dass sie nicht erklären kann, warum in liberalen Demokratien Politiker verfassungsrechtliche Einschränkungen ihrer Handlungsfreiheit (weitgehend) akzeptieren? Eine ökonomische Theorie, sofern sie einen allgemeinen Erklärungsanspruch vertritt, sollte schließlich auch in der Lage sein, solche Phänomene erklären zu können, in denen Machthaber trotz unvollständiger Kontrolle bereit sind, das Vertrauen der Bürger nicht zu missbrauchen (Baurmann 1996a: 118). Ziel des Beitrags ist daher die Analyse des Verhältnisses institutionalisierter *checks and balances* und persönlichen Vertrauens in politische Repräsentanten. Welche Möglichkeiten liegen dabei der Theorie rationalen Handelns zur Erklärung erfolgreicher Vertrauensbeziehungen zwischen Bürgern und ihren politischen Repräsentanten zugrunde? Im Folgenden wird zunächst skizziert, welche Eigenschaften Vertrauenssituationen im Allgemeinen kennzeichnen. Darauf aufbauend werden die Optionen und Restriktionen institutionenökonomischer Ansätze zur Erklärung des Vertrauensproblems analysiert. Im Ergebnis plädiert der Autor dafür, auf erweiterte Modelle rationalen Handelns zurückzugreifen (u.a. Brennan/Hamlin 2000; Baurmann 1996a). Ein breit gefasstes Rationalitätsverständnis bietet das theoretische Fundament, um zu erklären, wie sowohl horizontales Vertrauen zwischen den Bürgern einer Gesellschaft als auch vertikales Vertrauen in politische Repräsentanten entsteht. In Auseinandersetzung mit den Thesen Philip Pettit's (1995) zeigt sich abschließend, dass institutionalisiertes Misstrauen und persönliches Vertrauen keinen Widerspruch darstellen; vielmehr ergänzen sie sich sinnvoll. Der Analyse gemäß stellt es einen wirkmächtigen Mechanismus dar, wenn politische Repräsentanten institutionelle Kontrollen etablieren, um Vertrauenswürdigkeit zu signalisieren und politisches Vertrauen zu generieren.

* Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text nur die männliche Sprachform verwendet. Die Personenbezeichnungen gelten stets für Personen männlichen und weiblichen Geschlechts.

¹ Der Verfasser ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Vergleich politischer Systeme an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Das Dilemma des Vertrauens

Situationen, in denen es Vertrauen erfordert, zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht unmittelbar durch diejenigen kontrolliert werden können, der an ein oder mehrere Personen sein Vertrauen vergibt. Nach Bernd Lahno (2002: S. 50 f.) entsteht dadurch ein Vertrauensproblem, das immer dann auftritt, wenn „[...] die Folgen der Handlungsentscheidungen eines Akteurs von den Entscheidungen eines zweiten Akteurs abhängig sind“. Da die Person, die das Vertrauen vergibt, „die Entscheidungen des zweiten nicht unmittelbar kontrollieren kann, handelt es sich um Situationen der Entscheidung in Unsicherheit. Der Vertrauende in einem Vertrauensproblem macht sich durch die Wahl einer Vertrauenshandlung verletzlich, denn der Adressat seines Vertrauens besitzt Handlungsoptionen, bei deren Wahl dem Vertrauenden ein vermeidbarer Schaden entsteht“ (ebd.). Lahno verdeutlicht die für den potenziellen Vertrauensgeber entstehende Unsicherheit, da Vertrauensvergabe und Ausführung der Handlung durch den Vertrauensnehmer sequentiell ablaufen. Eine erfolgte Vertrauensvergabe birgt somit die Gefahr, dass der Vertrauensnehmer künftig entgegen der ursprünglichen Intention des Vertrauenden handelt.

Setzt man dies in Bezug zu politischen Repräsentationsbeziehungen, lässt sich der Wahlakt als Vertrauensvergabe der Bürger an einen oder mehrere Politiker auffassen. Im Anschluss der Wahl eröffnen sich für Politiker Entscheidungsmöglichkeiten, die sich gegen die Interessen einzelner Bürger oder einen Großteil der Bevölkerung richten können. Hierin spiegelt sich die Unsicherheit des Wählers wider. Durch den Wahlakt begibt er sich in eine Situation der Verletzlichkeit. Er wäre jedoch in der Lage gewesen, das Risiko des Vertrauensbruchs abzuwenden, wenn im Vorfeld die Vertrauensvergabe vermieden worden wäre. Die Situation birgt allerdings für beide Akteure auch die Chance, von einer erfolgreichen Vertrauensvergabe zu profitieren. Aus dem Blickwinkel des Rational Choice-Ansatzes entwickelt sie sich jedoch zum Dilemma, da analytisch nur eine Lösung existiert: Die beteiligten Akteure werden nicht die Vorzüge kooperativen Handelns realisieren, da der Vertrauende die Gewissheit besitzt, dass sein Vertrauen ausgenutzt werden würde. Der Vertrauensbruch politischer Repräsentanten wäre die zu erwartende Konsequenz einer vertrauensvollen Entscheidung, da der Profit politischen Machtmissbrauchs gegenüber vertrauensvollem, gesetzestreuem Verhalten überwiegt. Rational kalkulierende Akteure denken vom Ende her; Vertrauen wird sich unter diesen Bedingungen nur schwerlich entwi-

ckeln. Lässt sich infolgedessen das Vertrauensproblem nur lösen, indem stärker auf direkte Formen demokratischer Entscheidungsfindung zurückgegriffen wird, um die Verwundbarkeit gegenüber Repräsentanten zu minimieren oder gänzlich zu überwinden?

Ist politische Repräsentation wünschenswert?

Ausschließlich direktdemokratische Entscheidungsfindungen sind in keinem Staat anzutreffen und demokratische Herrschaft wird im alltäglichen Sprachgebrauch meist gleichgesetzt mit dem Repräsentationsprinzip. Aufgrund vorhandener Anreize zum Machtmissbrauch hält sich in der ökonomischen Betrachtung politischer Repräsentation jedoch hartnäckig eine skeptische Haltung gegenüber dieser (u.a. Chartier 2013; Hardin 2002, 1998). Um den Machtmissbrauch so effizient wie möglich zu gestalten, scheint die Bildung einer „*classe politique*“ (Frey/Stutzer 2006: 46) die rationale Entscheidung und logische Konsequenz: „That means they [the politicians, Anm. des Verfassers] have an incentive to form a *cartel* against the ordinary citizens“ (ebd.; Herv. im Orig.). Aus dieser Sicht ist Vertrauen in Repräsentanten geradezu naiv und im Ergebnis nachteilig für den Bürger.

Nichtsdestotrotz stellten Geoffrey Brennan und Alan Hamlin (2000, 1999) die Frage, ob es aus der Perspektive des Rational Choice-Ansatzes eine normative Begründung für eine „*first-best theory of representation*“ (Brennan/Hamlin 2000: 169) gibt, der zufolge Repräsentation nicht lediglich als notwendiges Übel für moderne Flächenstaaten betrachtet wird, da sich eine direktdemokratische Entscheidungsfindung als zu zeitaufwendig erweist. Schließlich ließe sich die Gefahr des Vertrauensmissbrauchs durch politische Repräsentanten bereits im Vorfeld vermeiden. Das Vertrauensproblem scheint gelöst, da es gar nicht erst zustande kommt. Allerdings sind auch die Kosten einer veränderten Entscheidungsfindung zu berücksichtigen. Bereits der potenzielle Umengang dürfte sich vervielfachen. Zudem ist unklar, ob dem erhöhten Aufwand auf der Inputseite des politischen Systems eine signifikante Verbesserung des Outputs gegenübersteht. So kann ein einzelner Bürger sich nicht in dem Maß mit politischen Sachfragen auseinandersetzen wie ein Abgeordneter, Minister oder Präsident. Zudem übersteigt die schiere Zahl der Wähler im Aggregat in ihrem Sachverstand nicht zwangsläufig den einiger weniger Repräsentanten, da sich Sachverstand nicht auf diese Art und Weise summieren lässt: „We would clearly do better to take the fully considered view of a group of average citizens, rather than the average of the less than fully considered views of all citizens“ (ebd.: 170 f.).

Theoretiker deliberativer Demokratiemodelle betonen die prinzipielle Bereitschaft der Bürger, sich mit wachsenden Partizipationsmöglichkeiten vermehrt am politischen Prozess zu beteiligen (u.a. Fishkin 1991). Entgegengesetzt argumentieren Brennan und Hamlin (2000): Das verbreitete Desinteresse sei aufgrund der mangelnden Beeinflussbarkeit politischer Entscheidungen durch eine einzelne Person eine rationale Entscheidung und begründe damit die Notwendigkeit repräsentativer Institutionen (ebd.: 172 ff.).² Analog zum Marktmechanismus bestehe innerhalb der politischen Institutionen für Politiker die Möglichkeit, ihre Konzepte den Wählern anzubieten, die anschließend zwischen verschiedenen Policy-Paketen entscheiden könnten (ebd.: 171). Der „politische Unternehmer“ (Kliemt 1986: 341) beschleunige dadurch nicht nur den politischen Prozess im Gegensatz zur direktdemokratischen Alternative, sondern formuliere auch Inhalte, die von den Bürgern zwar ex post favorisiert würden, aber ex ante nicht entstanden wären. Ähnlich wie in ökonomischen Märkten neue Produkte entstehen, die dann das Interesse der Konsumenten wecken, obwohl vor dem Wissen über die Existenz dieser Produkte kein Bedürfnis danach verspürt wurde, kann dies auf politischen Märkten mit den dort angebotenen Politikkonzepten geschehen. Die Gefahr des Machtmissbrauchs wird dadurch nicht ausgeschlossen, sollte jedoch im Verhältnis zu den möglichen Vorzügen der Repräsentation – konkret der Überwindung des Anreizproblems der Informationsbeschaffung – betrachtet werden: „Exploitation is a danger to the extent that it threatens to reduce the well-being of citizens relative to some feasible alternative, and not just because it grants a few political agents access to rents“ (Brennan/Hamlin 2000: 175).

Die Gefahr der Ausbeutung des Einzelnen besteht darüber hinaus auch unter einer (semi-) direktdemokratischen Entscheidungsfindung, solange kollektive Entscheidungen durch eine Mehrheitsregel und nicht mittels Konsens durch Einstimmigkeit getroffen werden. Rationale Egoisten müssten eher eine Tyrannei der Mehrheit fürchten, statt von wohlwollenden Akteuren auszugehen. Selbst bei vollständiger Substitution politischer Repräsentation durch direktdemokratische Verfahren bliebe das Problem bestehen, dass die Gesellschaftsmitglieder wechselseitig nicht auf die Wahrung ihrer Interessen durch die übrigen Mitglieder vertrauen könnten. Das Vertrauensproblem wird so

² Die These, der zufolge direktdemokratische Entscheidungsfindungen den Einfluss der eigenen Stimme erhöhen und dadurch politische Apathie senken (u.a. Cronin 1999: 11), gleicht somit eher einem Wunschdenken als rationaler Abwägung. Die Insignifikanz der individuellen Stimmabgabe bleibt bestehen.

nicht gelöst, sondern verlagert die Erklärung auf die Frage, warum Bürger ihren Mitbürgern trauen sollten (Offe 2001). Ein Vertrauen überflüssig machender Lösungsversuch innerhalb der Grenzen enger Rational Choice-Modelle versucht sich der Annahme des offenen Zeithorizonts zu bedienen: Aufgrund der Existenz verschiedener gesellschaftlicher Interessengruppen gelinge es keiner dieser Gruppen, dauerhaft die politische Mehrheit zu halten. Daher würde es das Eigeninteresse gebieten, der Minderheit keine allzu großen Lasten aufzubürden (Frey/Stutzer 2006: 64). Dieses Verhalten würde sich schließlich rächen, wenn künftig andere politische Mehrheiten existierten (Buchanan/Congleton 1998: 19 f). Die These beurteilt die Situation für die Minderheit jedoch zu optimistisch, denn sie blendet den Eintritt von gravierenden interessenschädigenden Handlungen gegenüber der politischen Opposition aus. Dieser kann so schwer zugesetzt werden, dass sie ihre Verluste auch nach Erlangung der politischen Macht nicht kompensieren kann (Baurmann 2004: 160 ff.). Ohne den Rückgriff auf persönliches Vertrauen in die Mitbürger einer Gesellschaft hängt sowohl die Argumentation für direkte als auch indirekte Formen demokratischer Entscheidungsfindung in der Luft. Was fehlt, ist der theoretische Unterbau, der es erlaubt, horizontales Vertrauen zwischen den Bürgern und vertikales Vertrauen in politische Repräsentanten erst zu gewinnen. Ohne ein Minimum an Moral bleibt ungeklärt, wie eine Tyrannei der Mehrheit abgewendet und politisches Vertrauen etabliert werden kann.

Ist politische Repräsentation kontrollierbar?

Eine potenzielle Antwort liegt aus institutionenökonomischer Perspektive in der Etablierung eines effizienten Systems aus *checks and balances*. Die wechselseitige Kontrolle politischer Institutionen manifestiert gewissermaßen den Misstrauensgedanken. Ein als a priori vorhanden verstandener Wählerwille soll durch politische Repräsentanten demnach möglichst passgenau umgesetzt und nicht-institutionalisierte Entscheidungsspielräume minimiert werden. Weichen die Handlungen der gewählten Repräsentanten von den Präferenzen der Bürger ab, wird dies als „agency-losses“ (Strøm 2000: 270) bezeichnet. Ein Bezug auf die Begriffe Vertrauen oder Vertrauensmissbrauch unterbleibt. Den axiomatischen Ausgangspunkt bilden stattdessen rationale Egoisten, deren Entscheidungs- und Handlungsspielräume möglichst zu begrenzen sind.

Da die Gesellschaftsmitglieder nicht vollständig über die Absichten ihrer Repräsentanten informiert sind und zudem nicht jede Handlung überwachen können,

ist es notwendig, durch das Wahlsystem ex ante die Auswahl geeigneter Politiker zu gewährleisten (Strøm 2000: 266 ff.). Um Machtkonzentration zu vermeiden, präferieren institutionenökonomische Theoretiker daher kandidaten- statt parteizentrierte Wahlsysteme als Lösung (Mitchell 2000). In England ist beispielsweise der Parteeinfluss auf die Kandidatenzusammensetzung schwächer ausgeprägt als in parteizentrierten Wahlsystemen, da einem Aspiranten der Einzug ins Parlament nur gelingt, wenn er sich im Wahlkreis erfolgreich gegen seine Konkurrenten durchsetzt. In der Bundesrepublik können hingegen auch in der Wählerschaft ungeliebte Kandidaten ‚über die Hintertür‘ einen Sitz im Parlament erlangen – sofern sie aufgrund parteiinternen Rückhalts einen aussichtsreichen Listenplatz erlangen. Die Sanktionsmöglichkeiten des Souveräns werden folglich als eingeschränkt betrachtet. Um ex post unerwünschte Handlungsweisen zu vermeiden, besteht die Notwendigkeit der Kontrolle politischer Repräsentanten sowie der regelmäßigen und umfassenden Berichterstattung (Kiewiet/McCubbins 1991; McCubbins/Schwartz 1984). Darüber hinaus sollen institutionelle Gleichgewichte die Berücksichtigung verschiedener Interessen im politischen Prozess gewährleisten (Strøm 2006). Föderale Strukturen, die zusätzliche Vetospieler (Tsebelis 2002) am politischen Entscheidungsprozess beteiligen und regionale Interessen wahren sollen, sind dafür nur ein Beispiel.

In Bezug auf die Auswahl und Kontrolle geeigneter Repräsentanten sieht die institutionenökonomische Perspektive den zunehmenden Bedeutungsverlust von Klassen- und Ethnizitätszugehörigkeit kritisch (Strøm 2000: 282 ff.). Der Betrachtungsweise zufolge repräsentierten beispielsweise Politiker mit Migrationshintergrund aufgrund ähnlicher Erfahrungen oder kultureller Merkmale bestmöglich die Interessen von Wählern mit Migrationshintergrund und Arbeitnehmer bestmöglich die Interessen anderer Arbeitnehmer. Gewählte Repräsentanten berücksichtigten demnach durch die Verfolgung eigener politischer Ziele als un intendierte Nebenfolge die Interessen der Repräsentierten. Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft führe jedoch zunehmend zur Abnahme verlässlicher Informationen über die Motivlage und Kompetenz politischer Aspiranten und erhöhe die Gefahr, dass künftige Entscheidungen nicht im Sinne des Wählers getroffen würden (ebd.: 283). Ohne Rückgriff auf persönliches Vertrauen ist allerdings fraglich, warum die a priori relevanten Interessen gewählter Politiker a posteriori noch Bestand haben sollten. Als Teil der politischen Elite wäre der Ausschluss unliebsamer Konkurrenten oder die Erhöhung eigener politischer Renten die vielmehr zu erwartende Konsequenz.

Eine tiefere Analyse verdeutlicht, dass sich die Frage nach den Ursachen politischen Vertrauens somit nur verschiebt: Kodifizierte Normen können letztlich nur handlungsleitend sein, wenn entsprechende Akteure bereit sind diese aus Eigeninteresse zu befolgen (Baurmann 2003: 336). Letztlich existieren immer Handlungsspielräume, die nicht durch politische Konkurrenten oder Bürger beobachtet werden können und Gelegenheit für opportunistisches Verhalten bieten. Rationale Egoisten werden demnach erlangte Machtbefugnisse nicht freiwillig abgeben. Wenn indes „[...] ständig mit der Eventualität zu rechnen ist, dass die Regeln verletzt werden, kann Vertrauen in Personen nicht (zumindest nicht völlig) durch die Zuversicht in Institutionen und ihren Bestand ersetzt werden“, resümiert Claus Offe (2001: 276). Auch der für Demokratien wesentliche Abwahlmechanismus ist nur dann wirkmächtig, wenn die Inhaber staatlicher Macht bereit sind, freiwillig ihren Platz für den Nachfolger zu räumen (Baurmann 2002: 109). Selbst die Gewissheit der Wiederwahl verschiebt den drohenden Vertrauensbruch entweder bis zum Zeitpunkt der letzten Legislaturperiode des Politikers oder wird das Problem der Rückwärtsinduktion aufwerfen (vgl. Pettit/Sudgen 1989). Abwahlmechanismen können zudem zu spät einsetzen, wenn Politiker beispielsweise Grundrechte schon eingeschränkt oder die Verfassung bereits gänzlich außer Kraft gesetzt haben. Darüber hinaus sind Kontrollen kostspielig, zeitaufwendig, bergen die Gefahr von Verdrängungseffekten und der Effizienzminde rung politischer Entscheidungsfindung (u.a. Frey/Oberholzer-Gee 1997; Lahno 2002: 372 f.).

Diese Thesen negieren nicht, dass Kontrollmechanismen relevant sind für die Etablierung politischen Vertrauens. Ihre Funktion ist allerdings eher als „Vergrößerungsinstrument“ (Baurmann 2002: 111) zu betrachten, durch das zwar „eine Art von 'Entpersonalisierung' personaler Vertrauenswürdigkeit“ (ebd.: 113) stattfindet, so dass einer sozialen Gruppe oder politischen Institution unter bestimmten Rahmenbedingungen stärker vertraut werden kann als einzelnen Individuen, da die dort geltenden Kooperationsnormen langlebiger sind als die gemäß diesen Regeln handelnden Akteure. Doch „wo nichts zu vergrößern ist, kann man auch unter dem besten Vergrößerungsglas nichts sehen“ (ebd.: 113). Die Einhaltung institutioneller Abläufe wird nicht automatisch hergestellt, sondern ist „[...] das Ergebnis einer komplexen sozialen Abstimmung von Verhaltensweisen und Verhaltenserwartungen“ (Lahno 2002: 360). Demzufolge bleibt auch das Institutionenvertrauen abhängig von der Zustimmung der Bürger zu den grundlegenden Prinzipien der jeweiligen Institution sowie der nor-

mativen Verbundenheit mit diesen Institutionen, da die Gesellschaftsmitglieder in ihrer Gesellschaft „hinreichend verwurzelt sind und ihre eigenen Belange und Wertvorstellungen grundsätzlich in ihren gesellschaftlichen Institutionen ausgedrückt finden“ (ebd.: 360). Die Auffassung, der zufolge die Etablierung von Kontrollmechanismen bereits hinreichend zur Vermeidung politischen Machtmissbrauchs ist, wird zurückgewiesen. Mehr noch: Da sich in modernen Gesellschaften Entscheidungssituationen schnell ändern und unvorhergesehene Ereignisse auf die politische Agenda treten, scheint es nicht wünschenswert, das Handeln der Vertrauensnehmer vollständig kontrollieren zu wollen. Vielmehr sind die Bürger darauf angewiesen, dass der Sachverstand der Vertrauensnehmer zu Entscheidungen führt, die zwar im Interesse der Vertrauensgeber liegen, im Voraus aber nicht exakt durch diese definiert werden können. Mit den Verhaltensannahmen des *homo oeconomicus* scheint dies jedoch nur schwerlich vereinbar zu sein; Korruption und Unterdrückung sind die vielmehr zu erwartende Folge (Buchanan 1975: 147 ff.).

Vertrauen als rationale Entscheidung

Für die Vergabe von Vertrauen müssen Vertrauensgeber zu der Überzeugung gelangen, dass eine hinreichend große Zahl von Vertrauensnehmern auch dann nicht gegen ihre Interessen verstößt, wenn die konkrete Situation ihnen dazu Gelegenheit bietet. Eine erfolgreiche Vertrauensvergabe zwischen Bürgern und Politikern impliziert somit die Annahme, dass die „[...] Geltung der Regeln im Interesse jedes Einzelnen liegt [...]“, auch wenn dies eben nicht bedeuten muss, „[...] dass es auch in jedem Einzelfall im Interesse des Einzelnen liegt, den Regeln zu folgen“ (Lahno 2002: 380). In einer offenen Gesellschaft, in der Anonymität und Mobilität Situationen hervorrufen, in denen Vertrauensbrüche nicht unmittelbar zu erkennen sind, stellen zivile Tugenden wie Anerkennung und Solidarität, Kooperation und Partizipation sowie ein ziviler, fairer Umgang miteinander demnach wichtige Voraussetzungen zur Überwindung eines kurzfristigen Opportunismus auf Seiten der Vertrauensnehmer dar (Baurmann 2007: 130 f.). Letztere besitzen insofern ein Interesse, dem Gegenüber den Besitz dieser Tugenden glaubhaft zu signalisieren, da Kooperation für alle Beteiligten zu einem besseren Ergebnis führt, als wenn die Vertrauensvergabe aufgrund des vorherrschenden Misstrauens nicht gelingt (Lahno 2002: 240).

Es lässt sich bezweifeln, ob das bloße (strategische) Vortäuschen von Vertrauenswürdigkeit dafür eine lohnenswerte Strategie darstellt (vgl. Frank 1992: 26;

Lahno 1995). Zum einen entstehen dem Akteur hohe Kosten durch permanentes Vortäuschen moralischen Verhaltens, andererseits ist der Aufwand vergebens, falls er dennoch als Opportunist entlarvt wird (Baurmann 2002). Jon Elster (1983: 66) formulierte in diesem Zusammenhang treffend: „The general axiom in this domain is that nothing is so unimpressive as behaviour designed to impress“. Alternativ präferieren Vertrauensgeber diejenigen Kandidaten im Auswahlprozess, die intrinsisch motiviert sind und eine Disposition für moralisches Verhalten besitzen (Baurmann 2001: 127). Das Akteursmodell ist in der Konsequenz zu erweitern, da der rationale Entscheider nicht zwangsläufig die Handlungsalternative wählt, die in der konkreten Situation nutzenmaximierend ist, sondern ebenso die Möglichkeit zur Wahl zwischen verschiedenen Dispositionen besteht. Die „self-interest calculation over actions“ (Brennan/Hamlin 2000: 35) beziehungsweise „the homo oeconomicus disposition“ (ebd.: 36) stellt dann nur eine von mehreren Dispositionen zur Verfügung: „The disposition of rational egoism [...] tells you to take the action which [...] makes your life go best for you [...]. But the disposition of rational egoism is not necessarily the disposition that will make your life go best for you. Your expected lifetime pay-off may be larger if you were to have a different disposition“ (ebd.: 35 f.). Rationale Entscheider sind demnach nicht dazu verdammt, sich ausschließlich an dem Nutzen einer singulären Handlung zu orientieren, sondern können sich auf bestimmte Charaktereigenschaften festlegen, die für sie dauerhaft die erfolgversprechendere Strategie darstellen. Wenn jedoch eine Disposition für moralisches Handeln zum Unterlassen defektorischen Verhaltens führt, dann sollten Gründe identifizierbar sein, die benennen, warum bestimmte Politiker diese Disposition nicht besitzen, während andere weitgehend im Einklang mit den Interessen der Bürger sowie der Verfassung handeln.

Soziales Vertrauen als Voraussetzung für politisches Vertrauen

Besteht kein Anlass, außerhalb der eigenen Gemeinschaft mit anderen Menschen kooperative Beziehungen aufzubauen, verringert sich die Chance des Wirksamwerdens eines Reputationsmechanismus (Baurmann 2002: 122). Für den sozialen Zusammenhalt wünschenswerte Eigenschaften wie Kooperation und Solidarität erbringen ihren gesamtgesellschaftlichen Nutzen jedoch erst, wenn sie sich nicht auf das eigene Milieu oder eine bestimmte Subkultur beschränken und damit ein exklusives Gut bilden, sondern brückenbildend wirken (Baurmann 2007: 138).

Marktwirtschaftlich organisierte Gesellschaften können diesbezüglich den Erwerb brückenbildender Eigenschaften begünstigen, da Anreize zur Einbindung in sozial heterogene Netzwerke gesetzt werden (ebd.; vgl. auch Granovetter 1973): Eine pluralistische Marktgesellschaft, in der (u.a. finanzielle) Vorteile durch die Überwindung enger Gruppengrenzen erlangt werden können, erzeugt eine Nachfrage nach Personen, die nicht nur scheinbar moralisch handeln, sondern tatsächlich moralische Persönlichkeiten sind (Baurmann 2001: 129). Damit sich der Erwerb einer Disposition für moralisches Verhalten lohnt, gilt die gleiche Voraussetzung wie bei reziprokem Handeln. Der langfristige Nutzen muss den kurzfristigen Gewinn einer opportunistischen Handlungsstrategie übersteigen (Güth/Kliemt 1998; Baurmann 1996a: 320).

Die Befolgung universeller Normen, die Kooperation auch gegenüber Mitgliedern anderer Ethnizität und Klasse gebieten, zahlen sich letztlich auch in der harten Währung materieller Vorteile aus. Die potenziellen Vorteile, die sich beispielsweise aus einem europäischen Binnenmarkt und einem globalen wirtschaftlichen Wettbewerb ergeben, können realisiert werden, wenn der Einzelne die Fähigkeit und Bereitschaft besitzt, glaubhaft zu signalisieren, dass er sich auch gegenüber Personen einer anderen Kultur oder Ethnie kooperativ verhalten wird. Wenn ich allerdings von anderen Personen ohnehin aufgrund der ‚falschen‘ Nationalität oder Klassenzugehörigkeit von kooperativen Beziehungen ausgeschlossen werde, warum sollte ich mich dann diesen Personen gegenüber durch eine Vertrauensvergabe verletzlich machen? Es bedarf insofern Gelegenheiten, seine generelle Vertrauenswürdigkeit unter Beweis zu stellen, damit ein Interesse an dem Aufbau einer Reputation entsteht. Wenn die eigene Vertrauenswürdigkeit durch andere ausschließlich anhand unveränderlicher Merkmale wie Hautfarbe oder Geschlecht beurteilt wird, bestehen diese Gelegenheiten jedoch nicht. Weder rationale Modellakteure noch reale Menschen können sich entscheiden, welche Hautfarbe sie besitzen oder in welche Klasse sie geboren wurden. Sie können sich aber entscheiden, ob sie sich kooperativ verhalten wollen oder nicht.

Während aus institutionenökonomischer Perspektive der zunehmende Bedeutungsverlust der Klassen- und Ethnizitätszugehörigkeit als Bedrohung für das verlässliche Einschätzen politischer Aspiranten betrachtet wird, deutet die vorangegangene Argumentation auf die Chancen dieses Prozesses hin. So kann eine Bewertung politischer Aspiranten erfolgen, die sich stärker auf individuelle Eigenschaften als primär auf die

Zugehörigkeit zu einer sozialen oder ethnischen Gruppe konzentriert. Dies wirft die Frage auf, ob ein positiv verlaufender ökonomischer Austausch tatsächlich generalisiertes Vertrauen entstehen lässt. So ließe sich einwenden, dass die vertrauensstiftende Wirkung auf den konkreten Interaktionspartner beschränkt und Dritten gegenüber wirkungslos bleibt. Empirische Befunde deuten zumindest an, einen Spillover-Effekt in Betracht zu ziehen. Im Längsschnitt offenbart sich, dass Interaktionen mit Personen ausländischer Staatsangehörigkeit die Vorurteile auch gegenüber anderen Mitbürgern dieser Staatsangehörigkeit verringern (Christ/Wagner 2008). Soziabilität, also die Fähigkeit, Kontakte über die eigenen Gruppengrenzen hinweg einzugehen, stellt somit eine zentrale Determinante für die Entstehung politischen Vertrauens dar: Das persönliche Vertrauen in eine Vielzahl von Individuen mit unterschiedlichen sozialen Merkmalen, gepaart mit einem generalisierten Vertrauen in die Mitbürger der Gesellschaft und dem Vertrauen in die Angemessenheit politischer Spielregeln, ermöglichen den günstigen Zugang zu relevanten Informationen (Baurmann/Brennan 2009: 184). Ein breites Netzwerk an sozialen Kontakten sowie vertrauenswürdige Mitbürger – beispielsweise Journalisten – übernehmen die Aufgabe der „police-patrol“ beziehungsweise des „fire alarms“ (McCubbins/Schwartz 1984). Droht folglich der Staat, die grundlegenden Interessen und Freiheiten einzuschränken, wird der Einzelne durch Familie, Freunde oder Öffentlichkeit rechtzeitig alarmiert. Die Grundlage dieses Vertrauens basiert allerdings auf einer Anzahl von persönlichen Kontakten mit konkreten Menschen, deren Aussagen als verlässlich beurteilt werden und denen Anerkennung und persönlicher Respekt gezollt wird (Baurmann/Brennan 2009).

Diese Erfahrung bezieht sich nicht notwendigerweise auf den konkret von einer Person gewählten Politiker. Vielmehr schließt sie auch Personen ein, die als glaubwürdige Vertreter der Überzeugungen des Politikers oder seiner Partei gelten. Auch wenn uns oft die konkreten Kandidaten für ein politisches Amt oder Mandat unbekannt sind, beruht das Vertrauen in deren Motive und Kompetenz demzufolge darauf, dass persönliche Erfahrungen mit Menschen existieren, die als Vertreter dieser (politischen) Gruppe identifiziert wurden und denen auf der Grundlage des eigenen Urteils vertraut wird (Lahno 2002: 387). Hier zeigt sich erneut die Bedeutung eines Spillover-Effekts für die Entstehung generalisierten Vertrauens. Ich kenne und schätze Person A aufgrund ihrer Eigenschaften und fühle mich mit ihren Werten und Zielen verbunden; daher werde ich auch geneigt sein, einer ande-

ren, mir persönlich unbekanntem Person B zu vertrauen, wenn ich davon ausgehe, dass sie ähnliche Einstellungen und Verhaltensweisen aufweist wie Person A. Empirisch untermauert wird dies anhand von Querschnittsdaten aus 27 europäischen Demokratien, die auf einen statistisch starken Zusammenhang zwischen dem wechselseitigen Vertrauen der Bürger und ihrem Vertrauen in politische Repräsentanten hinweisen (Angenendt/Schmitt 2015: 308). Institutionalisierte Veto-Punkte und kandidatenzentrierte Wahlsysteme erweisen sich hingegen als statistisch insignifikant (ebd.). Überschätzt demnach die Institutionenökonomie „institutionelle Merkmale als vertrauensstiftende Elemente zur Lösung von Vertrauensproblemen in einer Gesellschaft“ (ebd.: 312)? Staatliche Institutionen entlasten Politiker allerdings von allzu großen moralischen Pflichten, indem sie Anreize zum Vertrauensbruch abmildern. Der *homo oeconomicus* bleibt ein eigeninteressiertes Wesen. Überschreitet der durch Vertrauensbruch entstehende Gewinn eine bestimmte Schwelle, kann das auch ihn in Versuchung führen (Brennan 1998: 209).

Bedingt institutionalisiertes Misstrauen persönliches Vertrauen?

Unbeantwortet bleibt, wie es gelingen kann, Kontrollmechanismen zu etablieren und gleichzeitig Verdrängungseffekte zu vermeiden (vgl. Frey/Oberholzer-Gee 1997). Wenn ich aufgrund gemeinsamer Wertvorstellungen davon überzeugt bin, den meisten Politikern vertrauen zu können, warum fordere ich nach wie vor von ihnen, sich zusätzlich bestimmten Kontrollen zu unterziehen? Einen Versuch, diesen Widerspruch aufzulösen, liefert Phillip Pettit (1995; 1998), indem er zwischen persönlichem Vertrauen und institutionalisiertem Misstrauen differenziert. Letzteres sei dabei geeignet, persönliches Vertrauen zu verstärken, da die Abwesenheit institutioneller Kontrollen auch vertrauenswürdige Politiker zur Etablierung korrupter Verhaltensweisen verführen würde (Pettit 1998: 311). Aufgrund der Routinehaftigkeit etablierter Kontrollmechanismen gelange der einzelne Politiker zu der Auffassung, dass ihm persönlich nicht misstraut wird, da nicht nur er, sondern alle Repräsentanten gleichermaßen kontrolliert würden: „[...] checks and constraints should increase peoples reasons for impersonal trust in the authorities and reduce the need for personal trust“ (ebd.: 311).

Die Schlussfolgerung ist jedoch kritikwürdig. Einerseits soll durch einen Vertrauensvorsprung des Bürgers an die Tugend des Politikers appelliert werden, andererseits wird postuliert, dass gerade institutionelle Kontrollen die Notwendigkeit nach eben diesen Eigenschaften verringern und die Bedeutung persönli-

chen Vertrauens abnimmt. Zwar kann Person A einer Person B vertrauen, da A der Auffassung ist, C könne durch bestimmte Anreize B zu einem angemessenen Verhalten bewegen. Doch die Notwendigkeit persönlicher Vertrauenswürdigkeit nimmt dadurch nicht ab, im Gegenteil. Nur wenn hinreichend großes persönliches Vertrauen existiert, kann A auf eine tatsächliche Kontrolle von B durch C vertrauen. Pettit (ebd.) versucht folglich, die Notwendigkeit personalen Vertrauens durch unpersönliches Vertrauen in die Wirksamkeit politischer Institutionen zu substituieren. Es stellt sich erneut die Frage: Warum sollte A Politiker C vertrauen, dass er wirksam Politiker B kontrolliert? Der Verweis auf charakterliche Dispositionen ist in diesem Zusammenhang nicht zielführend, da dadurch die Frage aufgeworfen werden würde, warum nicht alle Politiker diese Disposition erwerben und kostspielige Kontrollen dadurch gänzlich vermeiden. Gemäß Pettits' These wäre dies schließlich eine zu erwartende Konsequenz (vgl. 1998: 306).

Vertrauensbildende Maßnahmen als Bindeglied zwischen institutionalisiertem Misstrauen und persönlichem Vertrauen

Folgt man Pettits' Logik, kennzeichnet sich die Situation wie folgt: Zwar vertraut Bürger A einem Politiker B und besitzt gute Gründe zur Annahme, dass sich weitere, Bürger A unbekannte Politiker ebenfalls vertrauenswürdig verhalten. Nichtsdestotrotz sollten sich alle Politiker institutionellen Kontrollen unterwerfen, da dies ihre Vertrauenswürdigkeit stärkt. Eine solche Aussage dürfte wohl eher die Annahme der Vertrauensnehmer bestärken, dass ein tatsächlich vorhandenes Misstrauen ihnen gegenüber kaschiert werden soll. Ein im Folgenden als vertrauensbildende Maßnahme bezeichneter Mechanismus kann jedoch helfen, den theoretischen Widerspruch zwischen persönlichem Vertrauen und institutionalisiertem Misstrauen aufzulösen. Dieser wird definiert als die Möglichkeit eines potenziellen Vertrauensnehmers, durch eine bestimmte Handlung gegenseitiges Vertrauen zu etablieren, damit ein potenzieller Vertrauensgeber mit einer höheren Wahrscheinlichkeit einen Vertrauensmissbrauch im Anschluss an die erfolgte Vertrauensvergabe ausschließt.

Verständlicherweise besitzt A das Interesse, einem möglichst vertrauenswürdigen B gegenüberzustehen. Wenn sich B wiederum durch Vertrauenswürdigkeit kennzeichnet, wird auch dieser bestrebt sein, dies möglichst glaubhaft zu signalisieren. Ein solches Signal gewinnt dabei an Glaubwürdigkeit, je höher es die Hürden für einen späteren Vertrauensmissbrauch setzt. In einer solchen Situation besteht für potenzielle Vertrauensnehmer ein starker Anreiz, sich nicht nur freiwillig

institutionellen Kontrollen zu unterwerfen, sondern aktiv deren Initiierung voranzutreiben. Ein vertrauenswürdiger Repräsentant wird demnach sagen: Schau her, ich habe ohnehin kein Interesse dich zu hintergehen, daher schaffe ich freiwillig Transparenz, um dir meine Vertrauenswürdigkeit zum Ausdruck zu bringen.

Transparenz kann im politischen Kontext beispielsweise die Offenlegung von Abgeordnetenbezügen bedeuten, um Korruptionsvorwürfen bereits im Vorfeld vorzubeugen. Durch die freiwillige Selbstbindung des Vertrauensnehmers verringert sich zudem die Gefahr des intrinsischen Motivationsverlustes, da, im Gegensatz zu Pettits' Sichtweise, der Wille, seine Handlungsoptionen einzuschränken, aus dem Interesse des Vertrauensnehmers selbst heraus erfolgt. Dies hat eine weitere Konsequenz zur Folge. Im Wettbewerb um die Wählergunst kann sich ein Politiker durch vertrauensbildende Maßnahmen von Konkurrenten abgrenzen, indem er die normativen Erwartungen an das Verhalten anderer Politiker erhöht. Werden diese seinem Handeln nicht in ähnlicher Weise folgen, besteht für sie die Gefahr, als unglaubwürdig eingeschätzt zu werden. Dies birgt für den Vertrauensnehmer einen Wettbewerbsvorteil und nützt ebenso dem Vertrauensgeber. Ihm erleichtert es, Kandidaten zu identifizieren, die bereit sind, Transparenz im politischen Prozess zu schaffen. Andere Vertrauensnehmer riskieren nun einen Glaubwürdigkeitsverlust, wenn sie nicht nachziehen. Vertrauensbildende Maßnahmen fungieren insofern als Bindeglied. Zum einen kann die freiwillige Etablierung institutioneller Kontrollen persönliche Vertrauenswürdigkeit verstärken, zum anderen auch die Messlatte für anerkennungswürdiges Verhalten im politischen Wettbewerb dauerhaft erhöhen.

Am Beispiel politischer Transformationsprozesse lässt sich dies abschließend verdeutlichen: Entwickeln sich autoritäre Regime zu Demokratien, erscheint es wenig plausibel, dass persönliches Vertrauen in Repräsentanten aufgrund der Existenz formal-demokratischer Entscheidungsstrukturen unabdingbar ist. Letzteres wird isoliert betrachtet nicht für eine angemessene politische Kontrolle sorgen und ist nicht hinreichend zur Vermeidung von Machtmissbrauch durch Korruption oder erneuter Gewaltherrschaft. Zunächst bedarf es vertrauenswürdiger Repräsentanten, die ein authentisches Interesse an der Schaffung und Etablierung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen besitzen. Erst wenn dies Mitbürger zusätzlich (an)erkennen, ist es möglich, persönliches Vertrauen gegenüber einzelnen Repräsentanten aufzubauen.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus stellte sich während des Transformationsprozesses osteuropäischer Staaten die Frage, ob die Spielregeln der Marktwirtschaft ad hoc per Stichtag einzuführen sind, oder zunächst Schrittweise durch politische Institutionen der Übergang hin von zentralistischen Strukturen zu freien Märkten vorbereitet werden sollte (Hardin 1999: 259; Apolte 1992: 158). Die potenzielle Gefahr einer schrittweisen Einführung liegt dabei im Bestreben bislang privilegierter Interessengruppen, auch weiterhin einen regulierenden Einfluss auf das freie Handeln der Menschen auszuüben (Hardin 1999: 257 ff.): „Their concern was *Besitzstandswahrung*, of holding onto their positions [...]“ (ebd.: 261; Herv. im Orig.). Ein aus vertragstheoretischer Sicht notwendiger Konsens über gemeinsame Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens droht dadurch unterminiert zu werden, weil der wortwörtliche Kampf um die Vorherrschaft politischer Macht „die Gesellschaft in ein Chaos stürzen [kann], aus dem heraus ein neu zu gewinnender gesellschaftlicher Konsens immer schwieriger und letztlich unmöglich wird“ (Apolte 1992: 158).

Aus dieser Sichtweise erscheint sowohl die Etablierung unpersönlichen als auch persönlichen Vertrauens fraglich. Vertrauensbildende Maßnahmen sind folglich notwendig, um die Gesellschaftsmitglieder in die Lage zu versetzen, die Vertrauenswürdigkeit ihrer künftigen Repräsentanten zu ermitteln. Indem diese ihre Handlungsoptionen verändern und dadurch die Aufrechterhaltung vergangener Machtstrukturen merklich erschweren, treten vertrauenswürdige Repräsentanten sichtbar und glaubhaft in Vorleistung. Die eigene Beraubung eines Teils ihrer Macht schafft in der Folge möglichst unumkehrbare Grundlagen und verhindert in künftigen Situationen das erneute fremdbestimmte Eingreifen in das politische und wirtschaftliche Handeln der Menschen³: „[...] it may be able to undo enough of the centralized apparatus of economic direction and ensure that enough of a nascent market organization is in place to make it implausible to turn back“ (Hardin 1999: 263).⁴

³ In Bezug auf die Diskussion zur Art und Weise des Übergangs von zentralistisch zu marktwirtschaftlich verfassten Staaten wird diesbezüglich in der Literatur vom „Big Bang“ (Apolte 1992: 158) oder einer „Shock-Therapy“ gesprochen (Hardin 1999: 259).

⁴ Ein Indiz dafür, dass sich diese vertrauensbildende Maßnahme auch für den Vertrauensnehmer selbst auf lange Sicht bezahlt macht, zeigt sich in der deutlichen Korrelation zwischen demokratischen Rechten und Einkommen: „rich countries tend to be more democratic“ (Acemoglu/Robinson 2006: 51).

Schlussbetrachtung

Den Ausgangspunkt der theoretischen Analyse bildete die Suche nach identifizierbaren Gründen zur Überwindung des Vertrauensproblems zwischen Bürgern und ihren politischen Stellvertretern. Aus Sicht der Rational Choice-Theorie konnten zunächst Anreize zur Etablierung repräsentativ-demokratischer Strukturen identifiziert und die Grenzen institutionenökonomischer Ansätze aufgezeigt werden. Es wurde folglich für eine stärkere Berücksichtigung von Ansätzen plädiert, die an der Annahme rationalen Handelns festhalten, jedoch vom Modell des *homo oeconomicus* abrücken. Die Möglichkeit zu politischem Unternehmertum sowie (ökonomische) Anreize zur Überwindung von Gruppengrenzen ließen sich anschließend als Einflussgrößen für den Erwerb sozialer Tugenden identifizieren. Die vertrauensstiftende Wirkung von Anerkennungs- und Tugendmärkten hängt jedoch an der Existenz und dem Fortbestand brückenbildender sozialer Netzwerke. Sie bilden das gesellschaftliche Fundament dafür, dass Anerkennungs- und Tugendmärkte ihre Wirksamkeit entfalten können. Darauf aufbauendes politisches Vertrauen wird demzufolge nicht durch ein System aus *checks and balances* substituiert. Vielmehr stellen politische Repräsentanten durch die Etablierung eines solchen Systems ihre persönliche Vertrauenswürdigkeit unter Beweis. Politisches Vertrauen kann letztlich nicht isoliert von sozialem Vertrauen betrachtet werden.

Ob allerdings die durch diesen Mechanismus geschaffene Transparenz dauerhaft Bestand hat, bietet Anlass für weitere theoretische und empirische Untersuchungen. Denkbar ist, dass ein *homo oeconomicus* versucht seine Handlungsoptionen wieder zu erweitern, nachdem ein Maß an Vertrauen in Politiker und Institutionen erreicht ist. Ein hohes Vertrauen kann zudem auf Seiten der Bürger die Forderung nach dem Abbau gesetzlicher Schranken begünstigen, wenn diese als langwierig und kostspielig wahrgenommen werden. Dies verweist bereits auf die Notwendigkeit künftiger Analysen zur Dynamik politischen Vertrauens.

Literatur

- Acemoglu, Daron/Robinson, James A. 2006. *Economic Origins of Dictatorship and Democracy*. New York: Cambridge University Press.
- Angenendt, Michael/Schmitt, Johannes. 2015. (Warum) Vertrauen wir Politikern? Kontextuelle und individuelle Determinanten politischen Vertrauens. In *Krisen.Prozesse.Potenziale. Beiträge zum 4. Studentischen Soziologiekongress*, Hrsg. Simon Scholz und Julian Dütsch, 293-317. Bamberg: Bamberg University Press.
- Apolte, Thomas. 1992. *Politische Ökonomie der Systemtransformation*. Hamburg: S + W Steuer- und Wirtschaftsverlag.
- Baurmann, Michael. 1996a. *Der Markt der Tugend – Recht und Moral in der liberalen Gesellschaft. Eine soziologische Untersuchung*. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Baurmann, Michael. 1996b. Kann Homo oeconomicus tugendhaft sein? *Homo oeconomicus* XIII (1), 1-24.
- Baurmann, Michael. 2001. Freiheit und Tugend. Moralische Bedarfsdeckung durch die unsichtbare Hand? In *Postmoderne Tugenden? Ihre Verortung im kulturellen Leben der Gegenwart*, Hrsg. Manfred Prisching, 109-142. Wien: Passagen Verlag.
- Baurmann, Michael. 2002. Vertrauen und Anerkennung. Wie weiche Anreize ein Vertrauen in Institutionen fördern können. In *Neuer Institutionalismus*, Hrsg. Andrea Maurer und Michael Schmid, 107-132. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Baurmann, Michael. 2003. Kontrolle ist gut, Vertrauen ist nötig. *Erwägen, Wissen, Ethik* 14, 335-337.
- Baurmann, Michael. 2004. Mehrheit ohne Moral? Warum demokratische Entscheidungen ethische Prinzipien erfordern. In *Fakten statt Normen? Zur Rolle einzelwissenschaftlicher Argumente in einer naturalistischen Ethik*, Hrsg. Christoph Lütge, 153-176. Baden-Baden: Nomos.
- Baurmann, Michael. 2007. Markt und Soziales Kapital: Making Democracy Work. In *Politisches Denken. Jahrbuch 2006 / 2007*, Hrsg. Karl G. Ballestrem, Volker Gerhardt, Henning Ottmann, Martyn P. Thompson und Barbara Zehnpfennig, 129-155. Berlin: Duncker & Humblot.
- Baurmann, Michael/Brennan, Geoffrey. 2009. What Should the Voter Know? Epistemic Trust in Democracy. *Grazer Philosophische Studien* 79, 159-186.
- Brennan, Geoffrey. 1998. Democratic Trust: A Rational Choice Theory View. In *Trust and Governance*, Hrsg. Valerie Braithwaite und Margaret Levi. New York: Russell Sage Foundation.
- Brennan, Geoffrey/Hamlin, Alan. 1999. On Political Representation. *British Journal of Political Science* 29:109-127.
- Brennan, Geoffrey/Hamlin, Alan. 2000. *Democratic Devices and Desires*: Cambridge University Press.
- Buchanan, James M. 1975. *The Limits of Liberty. Between Anarchy and Leviathan*. Chicago: The University of Chicago Press.

- Buchanan, James M./Congleton, Roger D. 1998. *Politics by Principle, not Interest. Toward nondiscriminatory Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bude, Heinz/Fischer, Karsten/Huhnholz, Sebastian (Hrsg.). 2010. *Vertrauen. Die Bedeutung von Vertrauensformen für das soziale Kapital unserer Gesellschaft*. Gedanken zur Zukunft, Bd. 19. Bad Homburg v.d. Höhe: Herbert-Quandt-Stiftung.
- Chartier, Gary. 2013. *Anarchy and legal order. Law and politics for a stateless society*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Christ, Oliver/Wagner, Ulrich. 2008. Interkulturelle Kontakte und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Die Wirkung von interkulturellen Kontakten auf eine Ideologie der Ungleichwertigkeit. In *Deutsche Zustände. Band 6*, Hrsg. Wilhelm Heitmeyer, 154-168. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Cronin, Thomas E. 1999. *Direct Democracy. The Politics of Initiative, Referendum, and Recall*. Massachusetts: Harvard University Press.
- Eckenrod, James. 1976. *Who Controls the Controllers? A Case Study of Political Behavior*. Boston: Allyn and Bacon.
- Elster, Jon. 1983. *Sour Grapes*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Elster, Jon. 1989. *The Cement of Society. A Study of Social Order*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Fishkin, James S. 1991. *Democracy and Deliberation: New Directions for Democratic Reform*. New Haven, CT: Yale University Press.
- Frank, Robert H. 1992. *Die Strategie der Emotionen*. München: Oldenbourg.
- Frey, Bruno/Oberholzer-Gee, Felix. 1997. The Cost of Price Incentives: An Empirical Analysis of Motivation Crowding-Out. *American Economic Review* 87, 746-755.
- Frey, Bruno/Stutzer, Alois. 2006. Direct Democracy. Designing a Living Constitution. In *Democratic Constitutional Design and Public Policy. Analysis and Evidence*, Hrsg. Roger D. Congleton und Brigitta Swedenborg, 39-80. London: MIT Press.
- Granovetter, Mark S. 1973. The strength of weak ties. *American Journal of Sociology* 78:1360-1380.
- Güth, Werner/Kliemt, Hartmut. 1998. The Indirect Evolutionary Approach: Bridging the Gap between Rationality and Adaption. *Rationality and Society* 10: 377-398.
- Hardin, Russell. 1998. Trust in government. In *Trust and governance*, Hrsg. Valerie A. Braithwaite, 9-27. New York: Russell Sage Foundation.
- Hardin, Russell. 1999. *Liberalism, Constitutionalism, and Democracy*. New York: Oxford University Press.
- Hardin, Russell. 2002. *Trust and trustworthiness*. New York: Russell Sage Foundation.
- Kiewiet, D. Roderick/McCubbins, Mathew D. 1991. *The Logic of Delegation*. Chicago: University of Chicago Press.
- Kliemt, Hartmut. 1986. The veil of insignificance. *Europäische Zeitschrift für Politische Ökonomie*: 333-344.
- Lahno, Bernd. 1995. Trust and Strategic Rationality. *Rationality and Society* 7, 442-464.
- Lahno, Bernd. 2002. *Der Begriff des Vertrauens*. Paderborn: Mentis.
- Mc Cubbins, Mathew D./Schwartz, Thomas. 1984. Congressional Oversight Overlooked: Police Patrols versus Fire Alarms. *American Journal of Political Science* 28, 165-179.
- Mitchell, Paul. 2000. Voters and their Representatives: Electoral Institutions and Delegation in Parliamentary Democracies. *European Journal of Political Research* 37, 335-351.
- Offe, Claus. 2001. Wie können wir unseren Mitbürgern vertrauen? In: *Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts*, Hrsg. Martin Hartmann, 241-294. Frankfurt: Campus Verlag.
- Pettit, Philip. 1995. The Cunning of Trust. *Philosophy & Public Affairs* 24, 202-225.
- Pettit, Philip. 1998. Republican Theory and Political Trust. In *Trust and Governance*, Hrsg. Valerie Braithwaite und Margaret Levi, 295-313. New York: Russell Sage Foundation.
- Pettit, Philip/Sugden, Robert. 1989. The Backward Induction Paradox. *The Journal of Philosophy* 86, 169-182.
- Strøm, Kaare. 2000. Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies. *European Journal of Political Research* 37, 261-289.
- Strøm, Kaare, Hrsg. 2006. *Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Tsebelis, George. 2002. *Veto Players. How Political Institutions Work*. Princeton: Princeton University Press/Russell Sage Foundation.